

„Business as usual ist keine Option mehr“

Weltagrarbericht fordert radikale Wende der Agrarpolitik und -forschung

von Benny Haerlin

Die Landwirtschaft in ihrer heutigen Form hat keine Zukunft. Zumindest dann nicht, wenn es der internationalen Staatengemeinschaft ernst ist mit der Hungerbekämpfung, dem Klimaschutz und der Verhinderung sozialer und ökologischer Katastrophen. Das ist die Kernaussage des Mitte April 2008 verabschiedeten Weltagrarberichts (IAASTD). Die Studie wurde von der Weltbank initiiert und den Vereinten Nationen in Auftrag gegeben. Sie beschäftigte hunderte von Wissenschaftlern und Regierungsvertretern vier Jahre. Den Abschlussbericht unterzeichneten schließlich über 60 Staaten. Deutschland zählt nicht dazu. Der Weltagrarbericht bricht erstmals und radikal mit dem seit Ende des Zweiten Weltkrieges unhinterfragten agrarpolitischen Mantra, die Steigerung von Ertrag und Produktion sei der Schlüssel zur Bekämpfung von Hunger und Armut. Er belegt deutlich: Die beeindruckenden Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft der vergangenen Dekaden sind zu einem nicht vertretbaren ökologischen Preis erreicht worden. Sie haben zudem zur Bekämpfung von Hunger und Armut gerade in den ländlichen Gebieten der südlichen Hemisphäre, in denen der „harte Kern“ der Hungernden lebt, nur wenig beigetragen. „Business as usual ist schlichtweg keine Option mehr“, warnt daher der Direktor des IAASTD, Bob Watson. – Der folgende Beitrag dokumentiert und kommentiert – aus der Sicht eines an der Ausarbeitung des Weltagrarberichts Beteiligten – den Entstehungsprozess sowie zentrale Ergebnisse und politische Schlussfolgerungen, die sich aus der Studie ergeben, die jetzt in voller Länge vorliegt.

Angefangen hatte alles beim „Rio +10“-Weltgipfel in Johannesburg im Jahre 2002. Die Weltbank suchte nach einer Antwort auf die Frage, wie mit der Gentechnik in der Landwirtschaft umzugehen sei. Ihr Chef-Wissenschaftler Robert T. Watson trommelte eine kleine Gruppe von Regierungs- und Nichtregierungsvertretern zusammen und schlug ihnen ein Assessment („Bewertung“) nach dem Vorbild des Weltklimarates IPCC vor.

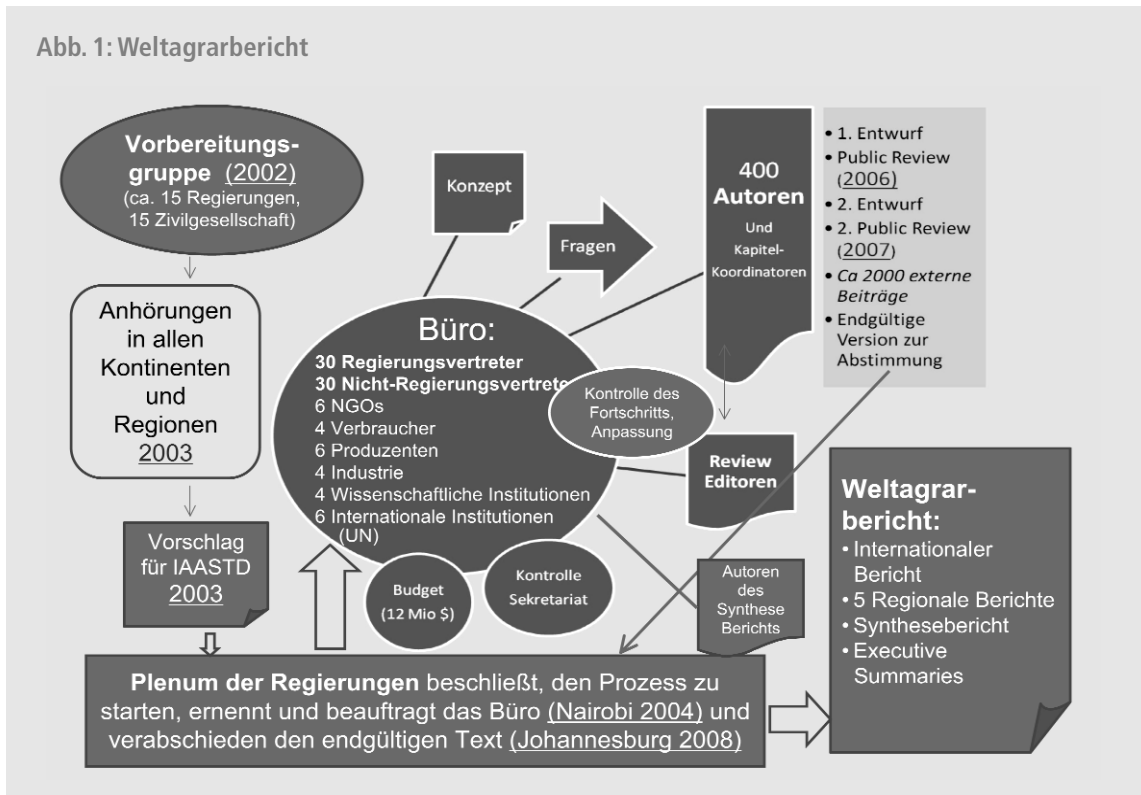
Der Prozess

Nach öffentlichen Anhörungen von Betroffenen in Kairo, Paris, Lima, Washington, San Jose, Neu Delhi, Suva, Bogor, Addis Abeba und Peking einigte sich die Gruppe, in der so unterschiedliche Institutionen wie Monsanto, die Landwirtschaftsministerien der USA, Irans und Chinas, Greenpeace, Oxfam und IFOAM vertreten waren, 2003 in Budapest auf ein Konzept, das in der Geschichte der UN als wegweisend gilt. Unterstützt von der Welt-

bank, der FAO, UNEP, UNDP, UNESCO und WHO beschlossen im September 2004 Regierungsvertreter aus über 70 Ländern die Durchführung des International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development (IAASTD).

Ein Koordinationsbüro („Bureau“) aus Regierungs- und Nichtregierungsvertretern sollte den Prozess gemeinschaftlich steuern und unabhängige Expertinnen und Experten aller Regionen der Welt und aller Disziplinen mit der Bewertung des gegenwärtig verfügbaren Wissens zu dem Thema beauftragen. Die 400 proportional nach Regionen, Geschlecht und Expertise vom Büro gemeinsam ausgewählten Autorinnen und Autoren legten in den folgenden Jahren einen internationalen Bericht und fünf regionale Berichte jeweils zweimal zur öffentlichen Kommentierung vor. Eigens ausgewählte Review-Editoren garantierten, dass die unzähligen Kommentare von den Autoren eingearbeitet wurden. Das Büro tagte einmal jährlich, um über wichtige Fragen des Prozesses (Konzept, Budget,

Abb. 1: Weltagrarbericht



Fragestellung, Autorenauswahl), nicht aber über die Inhalte zu entscheiden.

Es ist eine alte, aber oft vernachlässigte Weisheit: Auf die Fragen kommt es an; denn sie bestimmen die Antworten. Zu einem frühen Zeitpunkt einigten sich die Mitglieder des Büros des IAASTD darauf, dass der Ausgangspunkt der Untersuchungen nicht die Bewertung bestimmter Technologien, etwa der umstrittenen Gentechnik, sein sollte, sondern die Lösung von konkreten und praktischen Problemen vor allem in den von Hunger und Armut besonders heimgesuchten Regionen der Erde. Die für deren Bearbeitung zur Verfügung stehenden Methoden sollten dann jeweils aufgelistet und bewertet werden. „Hier ist das Problem – wo sind die Lösungen“ ergibt gänzlich andere Perspektiven als die allzu häufig gepflegte Herangehensweise „Hier ist die Lösung – wo sind die Probleme?“

Ein Ergebnis dieser *problem- statt technologieorientierten Herangehensweise* war, dass die Gentechnik in dem gesamten Bericht eine ausgesprochen untergeordnete Rolle spielt. Weil das koordinierende Büro allerdings das Themenfeld „Biotechnologie“ dennoch als zentrales Thema zu behandeln wünschte, erarbeitete eine eigens hierfür ausgewählte Arbeitsgruppe von Wissenschaftler/innen dazu für den „Synthesebericht“ (2) eine Zusammenfassung der in dem Bericht verstreuten Referenzen zum Thema. Die Federführung für diese Zusammenfas-

sung hatte zunächst eine Autorin der Firma Syngenta. Erst als diese lange nach dem Abgabetermin statt einer Zusammenfassung des Berichtes ein von dessen Erkenntnissen weitgehend ungetrübt Loblied auf die Zukunftspotentiale der Gentechnik aus Sicht der Industrie abliefern, sahen sich ihre Kolleginnen und Kollegen genötigt, selbst in die Tasten zu greifen. Diese deutlich ausgewogenere Version veranlasste dann die Dame von Syngenta zur Aufkündigung der Mitarbeit, die sie in einem Artikel im „New Scientist“ ausführlich begründete.

Das endgültige Ergebnis der vierjährigen Arbeit wurde im April 2008 in Johannesburg den Vertretern von 64 Regierungen zur Abstimmung vorgelegt. (Deutschland hatte sich an dem Prozess *nicht* beteiligt.) Die Regierungsvertreter stimmten „Zeile für Zeile“ über die Zusammenfassungen (1) der Berichte ab, bildeten Kontaktgruppen, die zu einzelnen umstrittenen Themen Kompromissformulierungen fanden und in Fußnoten Vorbehalte zu einzelnen Punkten zu Protokoll gaben. 61 Regierungen verabschiedeten zu guter Letzt den Bericht. Nur die USA, Kanada und Australien stimmten dem Bericht in seiner Gänze nicht zu und fanden stattdessen unverbindlich anerkennende Worte zu dem Ergebnis.

Alles in allem ist der IAASTD der wohl ausgewogenste interdisziplinäre, zwischenstaatlich und wissenschaftlich angelegte Prozess, der sich je mit der Frage globaler Landwirtschaft beschäftigt hat und um öffent-

liche Beteiligung bemühte. Die Beteiligung hatte freilich auch hier ihre Grenzen: Dass die Autorinnen und Autoren für ihre Arbeit nicht bezahlt wurden, führte dazu, dass nur solche, die sich dies leisten konnten bzw. deren Arbeitgeber dies unterstützten, beteiligt waren. Die Amtssprache Englisch (mit Ausnahme des lateinamerikanischen Regionalberichts auf Spanisch) reduzierte den Kreis der direkt Beteiligten zusätzlich und die akademischen Maßstäbe schlossen einen großen Kreis von Praktiker/innen ebenfalls von der direkten Beteiligung aus. Einige der akademischen Autor/innen, viele von ihnen bereits ältere Semester, die sich nicht mehr um ihre Karriere zu sorgen brauchten, leisteten Erhebliches, um diese Begrenzungen zu minimieren und gerade auch praktische, indigene, aber auch geisteswissenschaftliche und philosophische Erfahrungsschätze in den Bericht aufzunehmen.

Organisiert wurde der Prozess von einem kleinen Sekretariat unter der Leitung von Robert T. Watson und seiner rechten Hand, Beverly McIntyre, unter der Aufsicht der Ko-Präsidenten Hans Herren und Judi Wakhungu. Die Kosten von rund zwölf Millionen US-Dollar wurden im Wesentlichen von der Weltbank und neun Regierungen aufgebracht.

Grundprinzipien zukünftiger Agrarpolitik

Multifunktionalität

Künftige Agrar- und Entwicklungspolitik muss nach Ansicht der Wissenschaftler die Multifunktionalität der Landwirtschaft zur Richtschnur ihres Handelns und ihrer Betrachtungen machen. Alle Dienstleistungen der Landwirtschaft, zu denen neben der unmittelbaren Produktion von Lebensmitteln und Agrar-Rohstoffen der Erhalt der natürlichen Ressourcen und Biodiversität, die Schaffung von Arbeit und Existenzen auf dem Lande sowie gesunde Ernährung und Kultur gehören, müssten systematisch und integriert entwickelt werden. Die Förderung von Kleinbauern und vor allem der Frauen in der Landwirtschaft müssten im Zentrum der Bemühungen um ökologisch wie sozial nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes stehen. High-Tech-Lösungen seien zu diesem Zwecke weit weniger bedeutsam als die tatsächliche Verfügbarkeit vorhandenen Wissens vor Ort. Dabei gehe es nicht allein um den Kanon der westlichen Wissenschaft, sondern vor allem auch um lokales und traditionelles Wissen. Entsprechend kritisch fällt in diesem Zusammenhang auch die Bewertung der Gentechnik in der Landwirtschaft aus.

Klimaverträglichkeit

Detailliert listet der Bericht die ökologischen Imperative künftiger Agrarpolitik auf. Die Abhängigkeit von fos-

silen Energiequellen und der Einsatz von Agrarchemie muss drastisch reduziert werden. Der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und eine Anpassung an die verfügbaren Wassermengen ist unumgänglich. Dem Erhalt der biologischen Vielfalt und der Vielfalt der Anbaumethoden und Kulturpflanzen und -arten kommt entscheidende Bedeutung zu bei der Sicherung der Ernährung künftiger Generationen unter erschwerten, ungewissen und schnell verändernden Umweltbedingungen in Zeiten des Klimawandels. Dies ist nur durch eine radikale Anpassung der bisherigen Maximen möglich. Ausdrücklich verlangt der Bericht, neben den erforderlichen Anpassungen an den nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel, den Beitrag der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in den Mittelpunkt künftiger Klimaverhandlungen zu rücken. Forschung und Entwicklung müssen sich von der exklusiven Verfolgung einzelner Aspekte lösen und lernen, alle ökologischen wie sozialen Auswirkungen landwirtschaftlicher Entwicklung zusammenzuführen.

Ernährungs-Souveränität

Die Ausweitung des internationalen Handels mit Agrarprodukten verurteilt der Bericht zwar nicht in Bausch und Bogen. Doch er weist unmissverständlich darauf hin, dass die ärmsten Länder und insbesondere die Armen auf dem Lande bisher die Verlierer der Globalisierung sind. Ernährungssicherheit sei gerade in Zeiten des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf die Produktionsbedingungen nur lokal und regional zu gewährleisten und bedürfe des aktiven Schutzes und der Entwicklung der hierfür erforderlichen Märkte und Strukturen.

Erstmals wird in einem UN-Dokument der von Via Campesina eingeführte Begriff der Ernährungs-Souveränität („Food sovereignty“) in Abgrenzung zum herkömmlichen Konzept reiner Ernährungssicherheit definiert als „das Recht von Menschen und souveränen Staaten, demokratisch ihre eigene Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu bestimmen“ und zu einem wesentlichen Ziel künftiger Agrarpolitik erklärt.

Solche Töne mögen Leserinnen und Lesern des Kritischen Agrarberichts nicht allzu neu erscheinen. Als Mehrheitsmeinung auf dem Parkett von Weltbank und Vereinten Nationen, die den Bericht in Auftrag gegeben hatten, sind sie dagegen beinahe revolutionär. Ob und vor allem mit welcher Geschwindigkeit sie in praktische Politik umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Noch hat diese neue Vernunft in den Entscheidungsetagen von Regierungen, internationalen Institutionen und erst recht beim weltweiten Agrarbusiness mehr Feinde als Freunde. „Croplife“, die Vereinigung der Agrochemie- und Gentechnik-Giganten, stieg nach jahrelanger Be-

teiligung aus dem Prozess in letzter Minute aus, weil sie die segensreiche Rolle neuer Technologien, vor allem der Gentechnik, aber auch der industriellen Landwirtschaft und ihrer Zulieferer nicht angemessen gewürdigt sah. In der Wissenschaftspresse von „Nature“ bis „Science“ kam der späte Boykott allerdings nicht gut an.

Die Weltbank selbst, die das Sekretariat des Berichtes beherbergte und deren Chef-Wissenschaftler, Bob Watson, die Federführung innehatte, würde den Bericht am liebsten totschießen. Zu weit weichen die Botschaften des Berichts von ihrem eigenen Entwicklungsbericht 2008 (3), der der Landwirtschaft gewidmet ist, ab. Viele Regierungen, im Norden wie Süden, haben seine Botschaft bisher schlichtweg noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Die Bundesregierung verpasste eine Beteiligung an dem gesamten Prozess, weil der zuständige Abteilungsleiter des Entwicklungsministeriums ihm aus eher persönlichen Gründen von Anfang an feindlich gegenüberstand.

Auf einer von der FAO im Juni 2008 einberufenen Konferenz von Staatschefs zur globalen Lebensmittel-Krise durfte der IAASTD nicht einmal vorgestellt werden. Hier, wie auch in zahlreichen Folge-Erklärungen, dominiert die alte Schule des Produktivismus, verbunden mit Appellen, die Folgen von Agrarspritpolitik und Spekulationen auf die Lebensmittelpreise durch öffentliche Milliarden für kurzfristige Hungerhilfe zu kompensieren.

Auch eine von der Rockefeller- und der Bill & Melinda Gates-Foundation finanzierte „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) (4) setzt im Wesentlichen auf klassische Rezepte zur Steigerung der Produktion: Mehr Kunstdünger, mehr Pestizide, mehr globale Marktwirtschaft, mehr Hybride und patentgeschütztes Saatgut, weniger Bauern. Immerhin fällt auch in diesen Kreisen eine neue Wortwahl auf, die Partizipation und Kleinbauern, Frauenrechte und den Erhalt natürlicher Ressourcen im Munde, wenn auch nicht unbedingt wirklich im Schilde führt.

Der jetzt vorliegende Weltagrarbericht wird gerne mit dem ersten Bericht des Internationalen Rates für Klimaveränderungen (IPCC) im Jahre 1990 verglichen, dessen Erkenntnisse fast zwei Jahrzehnte brauchten, bis sie heute zu einer zentralen Richtschnur globalen politischen Denkens und Verhandeln avancierten. Bob Watson, selbst von 1997 bis 2002 Vorsitzender des IPCC und auf Betreiben der Ölindustrie von George W. Bush aus diesem Amt gemobbt, kann ein Lied davon singen. Der Ausstieg der Agrarindustrie aus dem IAASTD erinnert stark an frühe Versuche der Ölindustrie, den Klimawandel so lange wie noch irgend möglich zu leugnen. Der deprimierende Stand der Verhandlungen des Kyoto-Protokolls 2008 mag schließlich einen Vorgeschmack darauf geben, welch steinigem Weg den Wahrheiten des

IAASTD in den nächsten Jahren noch bevorsteht. Aus der Welt schaffen lassen sie sich nicht mehr.

Kernaussagen des Weltagrarberichts

Der Weltagrarbericht kommt zu dem Ergebnis, dass es eines radikalen und systematischen Wandels in der landwirtschaftlichen Forschung, Entwicklung und Praxis bedarf, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein („Business as usual is just not an option“). Im Einzelnen ergeben sich folgende Kernaussagen für eine Landwirtschaft, die ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht wird:

- Die ärmsten Länder und die Ärmsten auf dem Lande sind die Verlierer der *Globalisierung und Liberalisierung des Agrarhandels* und müssen vor ihm geschützt werden.
- Nicht die Steigerung der Produktivität um jeden Preis, sondern die *reale Verfügbarkeit von Lebensmitteln* und deren Produktionsmitteln vor Ort ist der entscheidende Faktor bei der Bekämpfung des Hungers.
- *Kleinbäuerliche Strukturen* sind die besten Garanten lokaler Ernährungssicherheit und nationaler und regionaler *Ernährungs-Souveränität*.

Folgerungen & Forderungen

Vor dem Hintergrund der Analysen und der Ergebnisse des Weltagrarberichts ergeben sich aus der Sicht des Verfassers folgende politische Forderungen:

- Die Exportsubventionen sollten sofort eingestellt werden.
- Importe von Agrarsprit sollten unterbunden, Importe von Futtermitteln systematisch reduziert werden.
- Landwirtschaftliche Produktion, Lebensmittelverarbeitung und -verschwendung müssen systematisch in die Klimaberechnungen und -verhandlungen einbezogen werden.
- Agrarforschung sollte auf den Bedarf der bäuerlichen Landwirtschaft eingestellt, Studenten mit deren Erfordernissen vertraut gemacht werden.
- Keine öffentlichen Forschungsmittel in Bereiche der Agrarforschung mit zweifelhaftem Nutzen für die dringendsten Probleme nachhaltiger Entwicklung in Nord und Süd.
- Verbot der Patentierung von Tieren, Pflanzen und DNA.
- Die Bundesregierung sollte den IAASTD-Bericht zur Grundlage ihrer agrar- und entwicklungspolitischen Entscheidungen machen und sich aktiv für die Umsetzung seiner Handlungsempfehlungen und die Fortsetzung des Prozesses einsetzen.

- Die *Multifunktionalität* (ökologische und soziale Leistungen) der Landwirtschaft gilt es anzuerkennen und gezielt zu fördern.
- *Lebensmittelqualität und -vielfalt* hat in den meisten Gegenden der Welt dramatisch nachgelassen – nicht zuletzt als Resultat wissenschaftlicher Bemühungen und neuer Technologien. Vermeidbare Fehlernährung ist die wichtigste Ursache chronischer Erkrankungen in Nord und Süd. Aufklärung, Kennzeichnung und steuerliche Anreize für gesunde Nahrung könnten Abhilfe schaffen.
- *Geistige Eigentumsrechte und -ansprüche* insbesondere in Bezug auf Saatgut können die Verbreitung von Wissen und die Freiheit und Ausrichtung der Forschung maßgeblich negativ beeinflussen.
- *Gentechnik*, als kleiner Ausschnitt des großen Feldes der Biotechnologien, bringt derzeit mehr Probleme als Lösungen. Sie befördert zudem die Ausrichtung des Forschungsinteresses auf patentierbare Produkte und die entsprechende Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.
- *Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit* landwirtschaftlicher Systeme und Ernährungsketten an den Klimawandel bedürfen primär des Austauschs und der Vermittlung vorhandener, bewährter Technologien und ihrer Integration in die jeweiligen lokalen und traditionellen Wissens-Systeme.
- Der ökologische und ökonomische Imperativ der *Reduktion von Klimagas-Emissionen* pro Kalorie hergestellter Nahrung bedarf technologischer Revolutionen und drastischer Einschnitte jenseits der Agrarchemie und entlang der gesamten Produktionskette.
- *Agrarsprit* ist keine vertretbare Option (beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung); effizientere, integrierte und dezentrale Formen der Bio-Energiegewinnung (Strom und Wärme) dagegen sehr wohl. Die Umwidmung von Anbauflächen für Lebensmittel in Treibstoff-Flächen ist nicht vertretbar.
- *Öffentliche Forschung und Entwicklung* muss gestärkt werden und dabei aus ihrem akademischen Elfenbeinturm heraus zu partizipativen Formen angewandter und gemeinsamer Entwicklung mit den Landwirtinnen und -wirten kommen, deren Fragen es zu beantworten gilt.

Seit Jahren steigt die Zahl der Unterernährten weltweit wieder an. Die FAO beziffert sie für das Jahr 2007 auf 923 Millionen Erdenbürger und befürchtet aufgrund gestiegener Lebensmittelpreise für 2008 eine dramatische Steigerung. Das Jahrtausendziel, die Zahl der Hungernen bis 2015 im Vergleich zu 1990 zu halbieren, sei kaum noch erreichbar, konstatiert die Welternährungsorganisation FAO. Vor diesem Hintergrund und angesichts des sich immer dramatischer abzeichnenden Klimawandels ist eine Wende in der internationalen Agrarpolitik dringend erforderlich. Erstmals liegt mit dem Weltagrарbericht ein interdisziplinär ausgewogenes und unter Beteiligung der wichtigsten Stakeholder entstandenes Dokument vor, das der Politik als Blaupause für eine globale Neuausrichtung der Landwirtschaft dienen kann – und sollte.

Anmerkungen

- (1) Die bislang (Stand: Herbst 2008) veröffentlichten Zusammenfassungen stehen – neben weiteren Informationen – auf der offiziellen Website des IASSTD (<http://www.agassessment.org>) als Download zur Verfügung, eine didaktische Aufbereitung des Berichts unter <http://www.greenfacts.org/en/agriculture-iaastd/>. Die Zusammenfassung des Weltagrарberichts in deutscher Sprache findet sich unter <http://www.vdw-ev.de/Weltagrарbericht%20IAASTD.pdf>.
- (2) Die letzte Fassung des noch nicht offiziell freigegebenen Endberichts finden sich als Download auf der internen Website der beteiligten NGOs (<http://www.agassessment-watch.org>).
- (3) Weltbank: World Development Report 2008: Agriculture for Development (www.worldbank.org/wdr2008).
- (4) Alliance for a Green Revolution in Africa (<http://www.agra-alliance.org>).

Autor

Benny Haerlin

Arbeitet für die Zukunftsstiftung Landwirtschaft und war NGO-Vetreter im Koordinationsbüro des Weltagrарberichts.

Zukunftsstiftung Landwirtschaft
 Marienstr. 19/20
 10117 Berlin
 E-Mail: haerlin@zs-l.de

